

16.03.2009

## Eilantrag

der Fraktion der SPD

**Wortbruch stoppen: Tarifabschluss muss uneingeschränkt für den öffentlichen Dienst in Nordrhein-Westfalen übernommen werden**

I.

Der Landtag beschließt:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

die Vereinbarungen des Tarifabschlusses der Länder ungeschmälert auf die Beamtinnen und Beamten des Landes Nordrhein-Westfalen zu übertragen.

II.

Die schwarz-gelbe Landesregierung setzt die Politik des Wortsbruchs und der Sonderopfer zu Lasten der Beamtinnen und Beamten des Landes unbelehrbar fort.

Die Länder und die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes haben sich am 1. März 2009 in Potsdam auf folgende Tarifvereinbarung verständigt:

Für die Angestellten des öffentlichen Dienstes in den Ländern, die der Tarifgemeinschaft der Länder (TV-L) angehören, wurde für die Jahre 2009 und 2010 vereinbart:

- 40 Euro Einmalzahlung für Januar und Februar 2009
- 40 Euro Sockelbetrag und drei Prozent Gehaltserhöhung ab dem 1. März 2009
- 1,2 Prozent Gehaltserhöhung ab dem 1. März 2010

Demgegenüber hat die schwarz-gelbe Landesregierung am 10. März 2009 beschlossen, dass die Beamtinnen und Beamten

- ab 1. März 2009 eine Besoldungserhöhung um drei Prozent und
- ab 1. März 2010 eine weitere Besoldungserhöhung um 1,2 Prozent erhalten sollen.

Das bedeutet: Die Beamtinnen und Beamten erhalten keine Einmalzahlung für die Monate Januar und Februar 2009 in Höhe von 40 Euro. Verzichten müssen sie nach dem Willen der

Datum des Originals: 16.03.2009/Ausgegeben: 16.03.2009

Landesregierung auch auf die Hälfte des Sockelbetrages, sie sollen lediglich 20 Euro erhalten. Damit wird die Politik des Sonderopfers für die Beamtinnen und Beamten fortgesetzt.

Der Ministerpräsident und sein Finanzminister sowie Vertreter der schwarz-gelben Koalitionsfraktionen haben wiederholt verkündet, der Tarifabschluss werde 1 zu 1 auf die Beamtinnen und Beamten des Landes übertragen. Dies hat bereits eine Reihe von Ländern angekündigt und wird dies umsetzen.

Gebrochene Versprechen und missbrauchtes Vertrauen sind zu Markenzeichen der Politik dieser Landesregierung geworden. Der Öffentliche Dienst soll wieder Leidtragender sein. So sollen bei den Beschäftigten circa 80 Millionen Euro eingespart werden, während gleichzeitig 42 Millionen Euro für getrennte Wahltermine zur Kommunal- und Bundestagswahl verschwendet werden sollen.

Hannelore Kraft  
Carina Gödecke  
Gisela Walsken  
Dr. Karsten Rudolph  
Ralf Jäger  
Thomas Trampe-Brinkmann

und Fraktion